



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Sitzungsnummer	39. Sitzung
Datum	Dienstag, den 09.03.2010
Sitzungsbeginn	18:05 Uhr
Sitzungsende	21:05 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

**Anwesend waren:
vom Gremium:**

Ausschussvorsitzender Heyer,	CDU
Fraktionsvorsitzende Lefèvre,	FW
Stadtverordneter Schäfer,	SPD
Stadtverordnete Droß,	SPD
Stadtverordneter Kleber,	SPD
Stadtverordneter Wagner,	SPD
Stadtverordneter Breidsprecher,	CDU
Stadtverordneter Hedderich,	CDU
Stadtverordneter Müller,	FW
Stadtverordneter Borchers,	B90/Grüne
Fraktionsvorsitzender Dr. Büger,	FDP

vom Magistrat:

Oberbürgermeister Dette,	FDP
Stadtrat Hauptvogel,	FW

von der Verwaltung:

Herr Gürsch, Büro des Magistrats	ohne
Herr Bauer, Kämmerei	ohne
Herr Peters, Rechtsamt	ohne

ferner war anwesend:

Herr Schuch, enwag (zu TOP 2)

AV H e y e r eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

AV H e y e r bat, die Tagesordnungspunkte 16 - 19 zur Beratung vorzuziehen. Stv. B o r c h e r s regte an, über die Tagesordnungspunkte 12 - 19 en bloc abzustimmen. Die Ausschussmitglieder waren einmütig damit einverstanden, wie gewünscht zu verfahren.

T a g e s o r d n u n g:

TOP 1

Mitteilungen und Anfragen

TOP 2

1642/10

**Schnelle und unbürokratische Rückerstattung
von Wassergebührenanteilen**

I/568

TOP 3

1647/10

Haushaltssicherungskonzept 2010 der Stadt Wetzlar

I/573

TOP 4

1645/10

Clustermanagement Optik Elektronik Mechanik in der Region Wetzlar

I/572

TOP 5

1584/09

**Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes
für den Altkreis Wetzlar**

I/555

TOP 6
1652/10
**Stellungnahme der Stadt Wetzlar zur Fortschreibung des
Schulentwicklungsplanes für den Altkreis Wetzlar**
I/574

TOP 7
1658/10
Bachfest in Wetzlar 2011
I/576

TOP 8
1641/10
**Fassadensanierungsfonds
Konzept und Mittelbereitstellung**
I/567

TOP 9
1657/10
**Anwendung des Hessischen Behinderten-Gleichstellungsgesetzes (HessBGG)
in der Stadt Wetzlar**
I/571

TOP 10
1628/10
**Vorsteuerabzug aus den Sanierungskosten
für das Palais Papius**
I/569
Mitteilungsvorlage

TOP 11
1653/10
Mission Olympic
I/575
Mitteilungsvorlage

TOP 12
1667/10
Grundstückstausch mit der Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH
I/577

A b w i c k l u n g der Tagesordnung:

TOP 1
Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen

Mehrkosten Sport- und Leistungszentrum (Stadion Wetzlar)

OB D e t t e sagte zu, eine entsprechende Aufstellung dieser Niederschrift als Anlage beizufügen.

Lärmschutz Garbenheim

OB D e t t e informierte über den Sachstand. Das Schreiben des Ministeriums bezüglich dieser Angelegenheit werde dem Protokoll als Anlage beigefügt. Er betrachte das Schreiben als hochehrwürdig. Zur Frage der Stv. D r o ß nach der weiteren Vorgehensweise informierte OB D e t t e darüber, dass der Planungsauftrag erteilt werde.

Anfragen

Keine.

TOP 2

1642/10

Schnelle und unbürokratische Rückerstattung von Wassergebührenanteilen

Stv. W a g n e r äußerte den Wunsch, als neues Datum in Ziffer 2 den 06.05.2010 zu benennen. OB D e t t e führte aus, der Magistrat teile die Auffassung zu Ziffer 1. Ferner teilte er mit, die enwag führe einen Dialog mit der Kartellbehörde zwecks Abklärung des Rückerstattungsverfahrens. Der Magistrat könne dieses Verfahren lediglich begleiten. Ziel sei es, den Verwaltungsaufwand im rechtlichen Einvernehmen mit der Kartellbehörde gering zu halten.

Zurückblickend auf die Aufsichtsratssitzung bat Stv. B r e i d s p r e c h e r die SPD, den Antrag zurückzuziehen. Stv. B o r c h e r s vertrat die Auffassung, zu Ziffer 1 die Punkte a), b) und c) zu streichen, so lange mit der Kartellbehörde noch keine Klärung erfolgt sei. Herr S c h u c h stellte die Problematik hinsichtlich der Rückerstattung für die Jahre 2007/2008 dar, insbesondere bei Kunden, die verzogen seien. Seitens der enwag sei auf Wunsch des Aufsichtsrates ein Formular entwickelt worden, dass jeder, der sich melde, sein Geld zurück erhalte. Zeitnot bestehe nicht, weil die Verjährungsfrist 3 Jahre betrage. Diesbezüglich werde man auch die Medien einschalten.

Zur Frage von Stv. K l e b e r nach dem Rückerstattungszeitraum wies Herr S c h u c h auf die Terminierung des Gerichtes hin. OB D e t t e fügte ergänzend hinzu, eine Gutschrift für 2010 bedürfe noch der rechtlichen Klärung. Für ihn, so Stv. W a g n e r, sei es eine Frage des Images der enwag, wie sie im Hinblick auf die Kundenzufriedenheit mit der Angelegenheit umgehe. Er vertrete die Ansicht, die Beratung im Aufsichtsrat abzuwarten, heute nicht darüber abzustimmen und mit dem aktuellen Text den Antrag als Tagesordnungspunkt in die nächste Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung zu geben.

OB D e t t e erläuterte, dass Bestrebungen bestehen, die Wasserversorgung wieder im Rahmen des KAG als Regiebetrieb zu führen. Hierzu solle der Landesrechnungshof entsprechende Kriterien schaffen, u. a. auch wegen der Rückstellungen. In Beantwortung der Frage von Stv. D r o ß, ob die Erstattung für die Jahre 2007/2008 für die enwag das Ende des Erstattungszeitraumes bedeute, merkte OB D e t t e an, möglich sei eine Nachfolgeverfügung der Kartellbehörde.

Bei dem Preisvergleich der Kartellbehörde habe die enwag den Beweis der Nichtvergleichbarkeit zu führen. Dies alles berge finanzielle Risiken für die Stadt. Ferner zeigte er auf, der Vorgänger des jetzigen Wirtschaftsministers habe die Debatte losgetreten, aber anders als bei Strom und Gas die öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen nicht bedacht. Der Weg des Landes sei falsch gewesen.

FrkV Dr. B ü g e r sprach von einem „Pyrrhussieg“ des Landes. Dazu ergänzend wies Stv. W a g n e r auf weitere unsägliche Entscheidungen des Landes, z. B. bei ÖPNV, hin. Stv. B r e i d s p r e c h e r erinnerte daran, dass seinerzeit der damalige Wirtschaftsminister vor der Fernsehdiskussion bezüglich des Gaspreises verhindert habe, dass er vorher seine Argumente darlegen konnte.

Nochmals auf das Rückerstattungsformular eingehend merkte Stv. W a g n e r an, dass Empfänger sich diesbezüglich an die Kartellbehörde mit der Bitte um Aufklärung gewandt hätten. OB D e t t e informierte darüber, dass der Hessische Stadte- tag in der Sache eingeschaltet worden sei. Letztendlich liege es im Interesse der Stadt, Schaden von der Stadt abzuwenden und den Bürgern ein faires Angebot zu machen.

Die Ausschussmitglieder verständigten sich darauf, nicht abzustimmen und die Vor- lage direkt an die Stadtverordnetenversammlung weiterzugeben.

TOP 3

1647/10

Haushaltssicherungskonzept 2010 der Stadt Wetzlar

Seite 14

Vorab nahm Stv. B o r c h e r s Bezug auf die Frage im Bauausschuss. Hinsichtlich der Überprüfung der Kita-Gebühren informierte OB D e t t e darüber, man habe im Magistrat noch keine exakte Zeitvorstellung. Bei den U 3-Plätzen sei die Konnexi- tätsvorstellung noch problematisch. Er nannte die Rahmenbedingungen (s. Anlage zur Niederschrift).

Seite 10

OB D e t t e machte auf den Prozess der Produktkritik aufmerksam. Dabei sei es Aufgabe der Ämter, Verfahrensabläufe und Standards zu prüfen, damit die Ergeb- nisse in die Haushaltsberatung für 2011 einfließen können. Haushaltskonsolidierung bedeute auch, dass evtl. Standards nicht gehalten werden können.

Seite 2

Stv. **Breidsprecher** interessierte zu erfahren, was unter „eigenständiger Haushaltskonsolidierung“ zu verstehen sei. OB **Detle** führte aus, eine produktbezogene Aufstellung mit Zuschussbedarf der freiwilligen Leistungen sei in Vorbereitung.

Seite 6

Stv. **Wagner** machte auf Punkt 1 aufmerksam und fragte hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den Oberzielen der Stadt nach. OB **Detle** sagte zu, die Oberziele 2010 der Dezernenten den Fraktionen zugänglich zu machen.

Seite 7

Stv. **Breidsprecher** hinterfragte die Zielkonformität. OB **Detle** erklärte die Vereinbarkeit mit den Oberzielen - Sicherung der oberzentralen Funktion - am Beispiel von StudiumPlus.

FrkV **Lefèvre** interessierte zu erfahren, wie die Mitarbeiter/innen die personellen Auswirkungen sehen. Nicht alle Mitarbeiter/innen seien flexibel, konstatierte OB **Detle**.

Stv. **Breidsprecher** fragte an, ob sich der letzte Spiegelstrich speziell auf den Baubereich beziehe. Es betreffe viele Bereiche, merkte OB **Detle** dazu an.

Seite 8 (vorletzter Absatz)

Stv. **Borchers** und Stv. **Wagner** wünschten Erläuterungen zur internen Kosten- und Leistungsrechnung und deren Auswirkung auf die Konsolidierung. OB **Detle** erläuterte die wesentlichen Punkte und machte auf den Sonderfall „Jugendhilfe“ aufmerksam.

Seite 9 (Punkt 2.2)

Nach seiner Ansicht, so Stv. **Borchers**, sei hier der Friedhof aufzuführen und der Bereich Krematorium herauszunehmen. OB **Detle** merkte an, im Bereich Friedhof werde die Kosten- und Leistungsrechnung bereits praktiziert. Auch auf diesen Punkt hinweisend interessierte Stv. **Wagner** die zeitliche Realisierung zu erfahren. OB **Detle** sagte Klärung zu.

Seite 9

Zur Frage von Stv. **Breidsprecher** nach den städt. Verrechnungssätzen erläuterte OB **Detle**, dass dies interne und externe Auswirkungen habe.

Seite 9 (letzter Absatz)

Stv. **Borchers** fragte nach, ob der Bericht des Landesrechnungshofes den Fraktionen zur Verfügung gestellt werde. OB **Detle** sagte dies zu.

Seite 11

OB D e t t e sprach die Personalmaßnahmen an. Auf die Frage von Stv. K l e b e r, wo im Jahre 2010 die 7 Stellen in der Verwaltung eingespart werden, stellte OB D e t t e fest, dies erfolge beim Stadtbetriebsamt und dem Stadtbüro. Es sei aus dem Stellenplan ersichtlich. Stv. W a g n e r bat um Auskunft nach der Stellenbemessung in den Kindertagesstätten nach den Landesrichtlinien und deren Auswirkung. OB D e t t e nahm die Fragestellung auf.

Ferner erkundigte sich Stv. W a g n e r nach der Altersteilzeit. Bezüglich des neuen Tarifvertrages sei ihm dazu noch nichts bekannt, konstatierte OB D e t t e. Im Blick auf die Stellenbesetzungssperre stellte Stv. B o r c h e r s fest, er vermisse hier die Konsequenz. Er fragte an, warum die viermonatige Stellenbesetzungssperre nicht auf sechs Monate festgesetzt werde. Dies hänge mit der Funktionsfähigkeit der Ämter zusammen. Aber im Magistrat sollen die Kriterien hinsichtlich der Aufhebungen angezogen werden, so OB D e t t e. Die Anregung von Stv. B r e i d s p r e c h e r, die Umwandlung des Stadtbetriebsamtes in einen Eigenbetrieb zu prüfen, wird aufgenommen.

Stv. B o r c h e r s brachte das Umweltamt ins Gespräch. Es stelle sich hier die Frage der weiteren Selbstständigkeit. Dies werde überprüft. Die viermonatige Stellenbesetzungssperre für die ehemalige Amtsleiterstelle werde eingehalten, äußerte sich OB D e t t e.

Seite 11 (Punkt 2)

Stv. W a g n e r erkundigte sich nach den Substanzerhaltungsmaßnahmen bei Gebäuden. Nach seiner Kenntnis bewegten sich die Durchschnittswerte bei jährlich 1,2 % des Wertansatzes. Nach Ansicht von OB D e t t e seien Durchschnittswerte wegen der Besonderheiten nicht geeignet. Er sehe auch ein Problem des Wertansatzes bei historischen Gebäuden. Im Zusammenhang wollte Stv. W a g n e r ferner wissen, wie bei älteren Gebäuden die Substanzerhaltung betrieben werde. Das Planungs- und Hochbauamt prüfe regelmäßig, führte OB D e t t e aus.

Seite 11 (Punkt 2, letzter Absatz)

Stv. B o r c h e r s sprach Einschränkungen im alltäglichen Büroablauf an, gezielt bei Material- und speziell bei Portokosten. Die Sensibilität der Verwaltung habe zugenommen. Hinsichtlich der Portokosten werde die Poststelle Stichproben durchführen, legte OB D e t t e dar.

Seite 12 (Punkt 2)

Die Frage der Realisierung, von Stv. B r e i d s p r e c h e r angesprochen, bejahte StR H a u p t v o g e l.

Seite 12 (Punkt 3)

Ob in diesem Bereich schon etwas geschehen sei, interessierte Stv. H e d d e r i c h zu erfahren. OB D e t t e gab zur Kenntnis, dass bestimmte Bereiche schon reduziert

worden seien.

Seite 13 (1. Absatz)

Stv. K l e b e r erkundigte sich nach dem Einsparungsbetrag in Höhe von 68.000 €. OB D e t t e sagte Übersicht zu.

Seite 13

Zur Rückfrage von Stv. B r e i d s p r e c h e r zur Erhöhung des Kostendeckungsgrades bei den Kindergärten klärte OB D e t t e darüber auf, dass dies durch Landesmittel geschehe.

Seite 15 (Punkt 5)

Der Bitte von Stv. W a g n e r um alljährliche Vorlage der Ergebnisse des Zinsmanagements - hier für das Jahr 2009 - wird laut OB D e t t e entsprochen.

Seite 18 (Punkte 1 a und e)

Stv. W a g n e r bat um redaktionelle Änderungen. Diese werden vorgenommen.

Seite 18 (Punkt 1 b)

Stv. B r e i d s p r e c h e r bat um Auskunft, was die weitgehende Verfügung über das Grundeigentum im Baugebiet aussage. Es handele sich um einen Eigentumsanteil von mindestens 70 %, so OB D e t t e.

Seite 18 (Künftige Jahre)

Bis wann die Reduzierung des Gesamtvolumens von 20 % erreicht werde, interessierte Stv. K l e b e r zu erfahren. Es werde versucht, die Reduzierung bis zum Jahre 2014 zu erreichen, stellte OB D e t t e fest. Dieses Ziel halte er bei Kindertagesstätten für unrealistisch, führte Stv. K l e b e r aus.

Abstimmung: 6.0.5

TOP 4

1645/10

Clustermanagement Optik Elektronik Mechanik in der Region Wetzlar

StR H a u p t v o g e l informierte darüber, dass der Hintergrund die Clusterinitiative des Landes Hessen sei. Er erläuterte den Sachstand und wies insbesondere auf den guten Zuspruch der Industrie hin, der in einen Arbeitskreis mündete. Ferner erläuterte

StR Hauptvogel die Finanzierung und führte weiter aus, dass 25 Absichtserklärungen vorliegen. Die Mitgliedschaft müsse jedoch jeweils in den Entscheidungsgremien der großen Unternehmen beschlossen werden.

Stv. Borchers bat, Ziffer 1 des Beschlusses wie folgt zu ergänzen:

„1. Es wird beschlossen, dass das Clustermanagement Optik Elektronik Mechanik mit einem jährlichen Betrag in Höhe von 58.000 € **für die Dauer der Landesförderung** unterstützt wird.“

Zur Frage von Stv. Droß bezüglich Schulanbindungen, z. B. Werner-von-Siemens-Schule, erklärte StR Hauptvogel, es werde Kontakt aufgenommen werden, weil berufsbildende Schulen ein wichtiger Aspekt seien. Anschließend erläuterte er die Nachfrage von Stv. Wagner hinsichtlich der Personalkosten.

Stv. Wagner stellte den Antrag, die Vorlage um eine Ziffer 3 wie folgt zu ergänzen:

„3. Der Stadtverordnetenversammlung wird nach Abschluss eines jeden Geschäftsjahres ein Geschäftsbericht des Clustermanagements nebst einer Einschätzung des Magistrats vorgelegt, ob und in welchem Maße die angestrebten Ziele erreicht wurden.“

Abstimmung mit o. g. Änderungen: 10.0.1

TOP 5
1584/09
Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes
für den Altkreis Wetzlar

- gemeinsame Beratung mit TOP 6; Protokollierung s. dort -

Abstimmung: 6.0.5

TOP 6
1652/10
Stellungnahme der Stadt Wetzlar zur Fortschreibung des
Schulentwicklungsplanes für den Altkreis Wetzlar

Stv. Wagner führte aus, er könne der Vorlage des Magistrats folgen, die aber nochmals in seiner Fraktion behandelt werde, insbesondere wegen der Aspekte

MINT und Ludwig-Erk-Schule. Er plädiere für eine Einigkeit in der Sache. Stv. B o r c h e r s erklärte, über die Punkte 3 und 4 werde die Fraktion noch beraten. Laut Stv. B r e i d s p r e c h e r finde die CDU die Stellungnahme gut und FrkV Dr. B ü g e r sprach von einer ausgewogenen Vorlage mit einem guten Gesamtkonzept.

Wenn die Entwicklung so käme, konstatierte OB D e t t e, stünden in Wetzlar fünf Angebote zur Erlangung der Hochschulreife zur Verfügung. Dies biete vielfältige Perspektiven. FrkV L e f è v r e wies darauf hin, dass die Kestnerschule Hauptschüler aufnehme. Ferner finde sie die Aussage zur Ludwig-Erk-Schule positiv, um Grundschulen zu erhalten.

Abstimmung: 6.0.5

TOP 7

1658/10

Bachfest in Wetzlar 2011

OB D e t t e gab davon Kenntnis, dass die Kirchengemeinden 20.000 € zur Verfügung stellen und laut Herrn Eichhorn die Bürgerstiftung 10.000 €. Man könne daher den städtischen Betrag auf 30.000 € begrenzen. Das Land Hessen habe noch keine Zusage erteilt. Falls erforderlich, könne man eine Risikoabschirmung von 20.000 € vornehmen.

Zur Einrede von Stv. B o r c h e r s, er verstehe den Risikozuschlag nicht, führte OB D e t t e aus, eine solche Risikoabschirmung werde nicht Bestandteil der Beschlusslage. Stv. W a g n e r erklärte, in Anbetracht der Haushaltskonsolidierung möchte die SPD-Fraktion die Vorlage noch diskutieren.

Der Ausschuss stimmte der Vorlage einstimmig (7.0.4) mit folgender Änderung zu:

- „1. Die Stadt Wetzlar unterstützt die Durchführung des Bachfestes in Wetzlar im Jahre 2011.
2. Im Haushalt 2011 wird hierfür ein Förderbetrag in Höhe von bis zu **30.000 €** bereitgestellt.“

TOP 8

1641/10

Fassadensanierungsfonds Konzept und Mittelbereitstellung

Keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss schloss sich der Änderungsempfehlung des Bauausschusses an und fasste mehrheitlich (6.4.1) folgenden Beschluss:

„Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, inwieweit durch städtische Initiativen oder Programme eine Fassadensanierung privater Hauseigentümer in der Stadt Wetzlar zur Verbesserung des Stadtbildes, insbesondere zum Hessentag 2012, angestoßen werden kann. Darüber ist der Stadtverordnetenversammlung bis zum 30.06.2010 zu berichten.“

Abstimmung über den ursprünglichen Antrag: 4.6.1

TOP 9

1657/10

Anwendung des Hessischen Behinderten-Gleichstellungsgesetzes (HessBGG) in der Stadt Wetzlar

Stv. H e d d e r i c h beantragte getrennte Abstimmung über die Ziffern 1 und 2.

Abstimmung über Ziffer 1: 11.0.0

Abstimmung über Ziffer 2: 5.6.0

TOP 10

1628/10

Vorsteuerabzug aus den Sanierungskosten für das Palais Papius

Auf die Frage von Stv. Pohl nach dem Honorar für die beauftragte Firma nannte OB D e t t e den Betrag von 1.200 €.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 11

1653/10

Mission Olympic

Keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 12

1667/10

Grundstückstausch mit der Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH

Keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss fasste einstimmig (11.0.0) folgenden Beschluss:

Dem Ankauf einer Teilfläche von ca. 40 qm aus den insgesamt 1.319 qm großen Grundstücken Gemarkung Wetzlar, Flur 17, Flurstück 60/2 und 60/3 von der Wetzlarer

Wohnungsgesellschaft mbH, Konrad-Adenauer-Promenade 18, 35578 Wetzlar, im Austausch gegen eine Teilfläche von ca. 40 qm aus dem 380 qm großen städtischen Grundstück Gemarkung Wetzlar, Flur 17, Flurstück 60/6, wird zu nachfolgenden Konditionen zugestimmt:

1. Der Grundstückstausch erfolgt auf der Basis eines Bodenwertes von 55,00 €/qm. Bei einem angenommenen Grundstückstausch von jeweils ca. 40 qm hebt sich der zu zahlende Kaufpreis auf.
2. Sollte das Vermessungsergebnis Mehr- oder Minderflächen gegenüber den angenommenen 40 qm ergeben, so wird die Differenz unter Zugrundelegung des Bodenwertes von 55,00 €/qm entsprechend ausgeglichen.
3. Der ggf. entstehende Differenzkaufpreis ist innerhalb von 1 Monat nach erfolgter Beurkundung der Auflassungs- und Identitätserklärung zur Zahlung fällig.
4. Die Notariats- und Grundbuchkosten, die Kosten evtl. erforderlicher Genehmigungen und die Vermessungskosten trägt die Stadt Wetzlar. Eventuell anfallende Grunderwerbsteuer tragen die Vertragspartner jeweils für ihren Erwerb selbst.